

Medienmitteilung

Hoffnung auf Verbot der Erdöl- und Erdgassuche in spanischen Gewässern

Wädenswil, 13. Januar 2021: Frankreich hat die Erkundung neuer Öl- und Gaslagerstätten in seinen Gewässern bereits untersagt. Dänemark hat ein solches Verbot für seinen Teil der Nordsee kürzlich verkündet. Nun plant auch die spanische Regierung im Rahmen eines Klimaschutz- und Energiewende-Gesetzes vergleichbare Massnahmen. OceanCare ruft die europäischen Meeres-Anrainerstaaten auf, diesem Beispiel zu folgen und sich damit für die Meere und das Klima einzusetzen.

Die internationale Meeresschutzorganisation OceanCare sieht den aktuellen Gesetzesentwurf als entscheidend und wegweisend an. Das neue Energiegesetz soll die Suche nach und die Förderung von Öl und Gas in allen spanischen Gewässern (Hoheitsgewässer, ausschließliche Wirtschaftszone und Kontinentalschelf) untersagen.

Allerdings enthält der aktuelle Entwurfstext noch rechtliche Schlupflöcher. OceanCare fordert die spanischen Abgeordneten auf, diese zu schliessen. Konkret muss sichergestellt werden, dass auch alle Explorationsprojekte, die sich derzeit in einem Bewilligungsverfahren befinden, zu den Akten gelegt werden. Bei bestehenden Förderungskonzessionen muss klargestellt werden, dass sie nach Ablauf nicht verlängert werden.

„Ein Verbot der Suche nach fossilen Brennstoffen und der Einstieg in einen schrittweisen, aber unaufschiebbaren Ausstieg aus der Öl- und Gasförderung werden es erleichtern und beschleunigen, erneuerbare Energie in großem Stil einzusetzen und die EU zu einer führenden Region u.a. in der Produktion von grünem Wasserstoff zu machen, der als Schlüsselfaktor für die Dekarbonisierung der Wirtschaft gehandelt wird“, erklärt Nicolas Entrup, Ocean Policy Expert und Co-Leiter Internationale Zusammenarbeit bei OceanCare.

„Es wäre auch ein klares Signal an die Unternehmen im Fossilenergie-Sektor, ihrer Selbstverpflichtung zur Klimaneutralität bis 2050 tatsächlich nachzukommen und sich ernsthaft der Produktion alternativer Treibstoffe ohne Netto-Treibhausgas-Ausstoß zu verschreiben“, ergänzt Entrup.

Die Internationale Energieagentur sowie verschiedene Studien kamen zum Schluss, dass wir den größten Teil der verbleibenden fossilen Lagerstätten im Boden lassen müssen, wenn wir uns der Herausforderung des Klimawandels wirksam stellen, das Pariser Abkommen erfüllen und eine Überschreitung kritischer CO₂-Werte in der Atmosphäre verhindern wollen.

Im Kontext des Klimanotstands, dem wir uns heute gegenübersehen, ist es nicht sinnvoll, weiterhin Öl und Gas zu suchen und zu fördern. „OceanCare ermutigt die Staaten Europas, aktiv darauf hinzuarbeiten, in ganz Europa die Exploration von fossilen Brennstoffen möglichst bald und vollständig zu verbieten und die bestehenden Förderungskonzessionen zu beenden“, betont Carlos Bravo, Spanien-Konsulent von OceanCare.

Manche Länder, etwa Frankreich, haben diesen Schritt bereits getan. Im Dezember 2017 beschloss das Parlament ein Gesetz, mit dem diese Aktivitäten im gesamten Staatsgebiet verboten werden. Dänemark hat kürzlich eine Sperre für neue Öl- und Gasförderlizenzen der Nordsee verkündet. Auch in Portugal und Irland werden ähnliche Gesetze diskutiert. Außerhalb Europas haben mehrere Länder, z.B. Neuseeland, die Exploration und Förderung von Öl und Gas im Meer untersagt.

OceanCare weist zudem darauf hin, dass mit einem Verbot der Öl- und Gassuche auch eine der lautesten anthropogenen Lärmquellen beseitigt würde. Bei der sogenannten seismischen Exploration werden

Schallkanonen eingesetzt, die Explosivschall mit bis zu 260 dB aussenden, und das alle 10 bis 15 Sekunden und über mehrere Wochen hinweg. Zu jeder Zeit finden dutzende dieser Explorationen rund um den Globus statt. Diese Lärmverschmutzung stellt eine große Gefahr für viele Meerestiere (Wale, Delphine, Krebse, Muscheln etc. bis hin zu Plankton und Korallen) und das gesamte Meeres-Ökosystem dar. Könnte diese Lärmquelle eliminiert werden, hätte dies sehr positive Auswirkungen auf die Meereswelt.

Daher fordert OceanCare die Mitglieder der «Coalition for an Exemplary Mediterranean in 2030» auf, die Exploration und Förderung von Öl und Gas in ihren Gewässern zu verbieten. Die Gründung dieser Koalition erfolgte vergangenen Montag, anlässlich des «One Planet Summits for Biodiversity», der von der französischen Regierung, der UNO und der Weltbank organisiert wurde. Die Koalition besteht derzeit aus sechs Mittelmeer-Anrainern, darunter Spanien und Frankreich. Es handelt sich um eine Initiative mit dem Ziel, das Mittelmeer bis 2030 zu einer Vorzeigeregion zu machen. Konkret sollen sich diese Staaten für Folgendes verpflichten: mehr Nachhaltigkeit im Seeverkehr, schrittweise Beendigung der Überfischung und Bekämpfung der Meeresverschmutzung. Auch Schutzgebiete sollen geschaffen werden, damit 30% des Mittelmeers bis 2030 geschützt sind. Die Erreichung all dieser Ziele würde sich nicht nur positiv auf den Zustand des Mittelmeers, sondern auch auf das Klima auswirken.

Medienkontakte

- Nicolas Entrup: Phone:+43 660 211 9963; Mail: nentrup@oceancare.org
- Carlos Bravo: Phone: +34 626 998 241; Mail : cbravovilla@oceancare.org

Über OceanCare

OceanCare setzt sich seit 1989 weltweit für die Meerestiere und Ozeane ein. Mit Forschungs- und Schutzprojekten, Umweltbildungskampagnen sowie intensivem Einsatz in internationalen Gremien unternimmt die Organisation konkrete Schritte zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Weltmeeren. Seit Juli 2011 ist OceanCare vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen als Sonderberaterin für den Meeresschutz anerkannt. OceanCare engagiert sich an vorderster Front für plastikfreie Meere und ist als Partnerorganisation Teil der UNEP Global Partnership on Marine Litter. www.oceancare.org